Statement

Bundeshaushalt 2027: Richtige Prioritäten für den Industriestandort setzen

Berlin, 08. September 2026 | In dieser Woche bringt die Bundesregierung ihren Entwurf für den Bundeshaushalt 2027 in den Bundestag ein. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl fordert, in den nun folgenden Haushaltsberatungen die richtigen Prioritäten für den Industriestandort zu setzen.

Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl erklärt:

„Um in einer Zeit zunehmender globaler Verwerfungen eine starke industrielle Grundstoffbasis zu erhalten – die sich zudem auf den Weg gemacht hat klimaneutral zu werden – braucht es nicht nur eine zielgerichtete politische Flankierung, sondern auch eine verlässliche Finanzierung! Das politische Ziel der Klimaneutralität muss sich deshalb auch im Bundeshaushalt und ganz besonders im Klima- und Transformationsfonds widerspiegeln. Aus Sicht der Stahlindustrie sind dort drei Handlungsfelder entscheidend: Energiepreise senken, Leitmärkte für emissionsarmen Stahl Made in EU schaffen und die Verkehrs- und Logistikinfrastruktur stärken.

Insbesondere bei den gerade eingeleiteten Energiepreisentlastungen wäre eine Rolle rückwärts das völlig falsche Signal – für Industrie wie für Verbraucher. Der Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten darf deshalb nicht gekürzt, sondern muss vollständig erhalten und endlich verstetigt werden."

Ihre Ansprechpartnerin
Susan Saß | Leiterin Kommunikation | +49 151 62566730 | presse@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen Deutschlands einzusparen. Der Verband mit Sitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen auch in Zukunft starken, emissionsarmen Stahlstandort möglich macht. Mit 34,1 Millionen Tonnen im Jahr 2025 weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.